



Konrad-Adenauer-Stiftung

Bertelsmann Stiftung



HEINRICH
BÖLL
STIFTUNG

FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG



Die Stiftung für liberale Politik
Friedrich Naumann
Stiftung



Hanns
Seidel
Stiftung

STIFTUNG
Marktwirtschaft
Frankfurter Institut

München
22. Juni 2004

Tagungsbericht

Bürger naher Bundesstaat

Föderalismusreform in Deutschland:

Reform der Institutionen und die Rolle der Landtage

„Es ist nicht so, als hätten die Landtage nichts mehr zu entscheiden“, wehrte sich der Präsident des Bayerischen Landtags, Alois Glück MdL, bei der Veranstaltung der Stiftungsallianz „Bürger naher Bundesstaat“ am 22. Juni im Maximilianeum, dem Haus des Bayerischen Landtags in München. Dieser Eindruck, der in der Öffentlichkeit vorherrsche, sei falsch. Richtig sei allerdings, daß die Landtage ihre Möglichkeiten nicht immer voll ausschöpfen.

Bei der Podiumsdiskussion wurden verschiedene Möglichkeiten der Aufgabenentflechtung zwischen Bund und Ländern und der Stärkung der Landtage diskutiert.

Die Teilnehmer der Diskussion – Winfried Kretschmann, Vorsitzender der Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen im Landtag von Baden-Württemberg und Mitglied der Kommission zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung, Prof. Dr. Roland Sturm,

Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Universität Erlangen, Dr. Klaus Hahnzog, der frühere Vorsitzende des Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen des Bayerischen Landtags sowie Professor Ursula Männle MdL, die stellvertretende Vorsitzende der Hanns-Seidel-Stiftung – stimmten der Einschätzung von Glück zu, daß eine Föderalismusreform nur dann ein Erfolg werden könne, wenn sich die Beteiligten „von der Machtfrage“ lösen.



Dritte Veranstaltung der Stiftungsallianz: Diesmal luden die Stiftungen ins Münchener Maximilianeum, um über die Reform der bundesstaatlichen Institutionen zu diskutieren.



Reges Interesse: Etwa 150 Politiker und Bürger kamen zur Veranstaltung ins Maximilianeum.

Der Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft, Dr. Michael Eilfort, stellte in seiner Einführung die Stiftungsallianz „Bürgerlicher Bundesstaat“ und ihre Ziele vor: „Der Zug des Föderalismus ist auf das Abstellgleis geraten.“ Deshalb gehe es nun darum, klare Verantwortlichkeiten im Föderalismus zu schaffen, den Wettbewerb zwischen den Ländern zu stärken und ein Mindestmaß an Solidarität zu erhalten. Zentral sei bei der Föderalismusreform die Orientierung am Subsidiaritätsprinzip und deshalb die Stärkung der Landtage. Derzeit tue sich „ein kleines, hoff-



Will das Reformfenster offenhalten: Dr. Michael Eilfort, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft.

nungsvolles Reformfenster“ auf: „Die Stiftungsallianz will das ihrige dazu beitragen, es weit offenzuhalten und möglichst viel frische Luft hineinzulassen.“ Föderalistische Sonntagsreden habe es genug gegeben. Neben dem Exekutivföderalismus und der aus seiner Sicht

überzogenen Selbstfesselung der Länder in Konsensrunden kritisierte Eilfort die Selbstentmündigung der Landtage. Schließlich sei es ein Armutszeugnis der Landespolitik, wenn in den Landtagen zu oft bundespolitische Debatten nachvollzogen würden, statt eigene politische Initiativen zu entfalten.

Alois Glück bezeichnete in seinem Vortrag die konsequente Anwendung des Subsidiaritätsprinzips, nach dem politische Aufgaben immer von der kleinstmöglichen Gebietskörperschaft übernommen werden sollten, als Schlüssel zum Abbau der Demokratieverdrossenheit in Deutschland. Allerdings werde die grundsätzliche Zustimmung zu diesem Prinzip in der Realität meist von Machtfragen überlagert. Denn es liege in der Natur des Menschen, die eigenen Gestaltungsmöglichkeiten erweitern zu wollen. Trotzdem appellierte Glück an die Mitglieder der Bundesstaatskommission, „sich von der Machtfrage zu lösen“ und so eine grundlegende Reform des Föderalismus zu ermöglichen. Nur auf diese Weise könne für die Bürger wieder klar werden, wer die Verantwortung für die einzelnen politischen Entscheidungen trägt.

Von der allgemeinen Einschätzung, die Landtage seien bedeutungslos, distanzierte sich Glück

ausdrücklich. Zum einen führte er die unterschiedliche Entwicklung in den einzelnen Bundesländern an, die auf unterschiedliche Politik zurückzuführen sei. Zum anderen machte Glück deutlich, daß die Regierungsfaktionen im Vergleich zu früher deutlich selbstbewußter agierten. Das werde in der Öffentlichkeit jedoch nicht wahrgenommen, weil die meisten parlamentarischen Initiativen aufgrund der Geschwindigkeit der politischen Diskussion nicht mehr im Landtag, sondern zuerst auf Pressekonferenzen vorgestellt würden. Trotzdem seien es parlamentarische Initiativen.



Landtage sollen ihre Möglichkeiten ausschöpfen: Alois Glück, bayerischer Landtagspräsident.

Der Landtagspräsident ging außerdem auf die Frage ein, ob die Interessen der Landtage, deren Vertreter in der Bundesstaatskommission nicht stimmberechtigt sind, dort von ihren Landesregierungen vertreten würden. Er sah bezüglich der Verlagerung von Gesetzgebungskompetenzen auf die Länder eine große Übereinstimmung der Interessen von Landtagen und Landesregierungen. Gegen diese Verlagerung wendeten sich nun die Abgeordneten in den Bundestagsfraktio-

nen, deren Aufgabenbereiche betroffen seien.

Insgesamt, so Glück, würden von einer geeigneten Föderalismusreform alle Beteiligten gewinnen: Die Parlamente in Bund und Ländern erhielten mehr Entscheidungsspielräume, die Bürger profitierten von schnelleren Entscheidungen und einer größeren Durchschaubarkeit der Politik. Lediglich die Ministerpräsidenten müßten Einbußen bei ihrer bundespolitischen Bedeutung hinnehmen.

Abschließend äußerte der Landtagspräsident seine Einschätzung zur weiteren Entwicklung des Reformprozesses: Die zentralen Entscheidungen würden erst im Oktober und November fallen. Denn mit einem abgestimmten Vorschlag der Kommissionsvorsitzenden sei erst nach den Landtagswahlen im September zu rechnen. Nachdem sich die Parteien intern festgelegt hätten, werde es zu dem üblichen Ritual der Nachtsitzungen kommen, um den Durchbruchcharakter des Ergebnisses und die Anstrengungen aller Beteiligten zu dokumentieren. Insgesamt war Glück verhalten optimistisch über die möglichen Ergebnisse und begründete dies damit, daß die Kommissi-



Landtage haben durchaus Kompetenzen: Professor Ursula Männle, stellvertretende Vorsitzende der Hans-Seidel-Stiftung.



Wollen Machtfragen aus der Föderalismusdiskussion heraushalten: die Teilnehmer der Podiumsdiskussion.

onsarbeit, mit Ausnahme der letzten Sitzung, sehr konstruktiv gewesen sei.



Demokratie stärken: Prof. Dr. Roland Sturm, Universität Erlangen.

Ursula Männle machte zu Beginn der Podiumsdiskussion darauf aufmerksam, daß die Landtage sich intensiv in die Debatte zur Föderalismusreform eingeschaltet hätten, zuletzt in der Quedlinburger Erklärung der Landtagspräsidenten. In der Öffentlichkeit überwiege allerdings der Eindruck, die Landtage seien schwach. Manche Beobachter sprächen sogar vom „Schweigen der Länder“.

Der Föderalismus-Experte Roland Sturm nannte als zentrale Ziele der Reform der bundesstaatlichen Ordnung, die Demokratie zu stär-

ken und die Ineffizienzen des deutschen Föderalismus zu überwinden. Sturm äußerte sich skeptisch, ob das gelingen werde. Schon jetzt seien viele wichtige Fragen, beispielsweise die Neuordnung der Finanzverfassung, ausgeklammert worden.

Winfried Kretschmann machte deutlich, daß die Ministerpräsidenten nur dann einen Teil ihrer bundespolitischen Einflußmöglichkeiten aufgeben werden, wenn sie dafür relevante Kompetenzen auf Landesebene erhielten. Kretschmann nannte als Beispiele die Bildungspolitik, den öffentlichen Dienst der Länder und Aufgaben, die sich durch die räumliche Nähe ergäben, etwa in der Sozialpolitik. Auch wandte er sich gegen eine Zentralisierung bei der inneren Sicherheit. Für eine verbesserte Koordinierung sei eine Grundgesetzänderung nicht erforderlich.

Impressum

Stiftungsallianz
 „Bürgernaher Bundesstaat“
 verantwortlich i.S.d.P.:
 Dr. Katrin Schnettler
 Stiftung Marktwirtschaft
 Charlottenstr. 60, 10117 Berlin
www.stiftung-marktwirtschaft.de
 Tel.: (030) 206057-0

Dem pflichtete Dr. Klaus Hahnzog bei: Eine Machtzusammenballung bei den Sicherheitsbehörden sei gefährlich. Ganz bewußt sei 1949 hier eine klare Trennung der Aufgaben zwischen Geheimdienst und Polizei sowie zwischen Bund und Ländern festgelegt worden.



Konzentrierte Zuhörer: Das Publikum nahm großen Anteil an der Diskussion.

Hahnzog wies zudem darauf hin, daß das Senatsmodell 1949 deshalb abgelehnt worden sei, weil

Referenten der Tagung

Alois Glück MdL, Präsident des Bayerischen Landtages

Dr. Klaus Hahnzog MdL a.D., ehemaliger Vorsitzender des Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen des Bayerischen Landtages

Winfried Kretschmann MdL, Vorsitzender der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Landtag von Baden-Württemberg

Prof. Ursula Männle MdL, stellvertretende Vorsitzende der Hanns-Seidel-Stiftung (Moderation)

Prof. Dr. Roland Sturm, Universität Erlangen

Dr. Michael Eilfort, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft

man eine zu starke parteipolitische Orientierung der Länderkammer befürchtete. Die Praxis zeige nun, daß das auch im Bundesrat der Fall sei. Er schlug vor, die Hälfte der Sitze im Bundesrat mit Landesparlamentariern zu besetzen.

Intensiv diskutiert wurde mit den Teilnehmern der Veranstaltung die Einführung eines Zugriffsrechts für die Länder, mit dem diese Materien, die vom Bund geregelt sind, an sich ziehen können (sogenannte „umgekehrt konkurrierende Gesetzgebung“). Die Podiumsteilnehmer begrüßten dieses neue Instrument grundsätzlich. Kretschmann warnte allerdings vor Schwierigkeiten bei einem unkonditionierten Zugriffsrecht, wie es die Enquête-Kommission des Bayerischen Landtags vorgeschlagen habe.

Ein weiterer wichtiger Punkt in der Diskussion war die Mitwirkung der Länder an der Europapolitik. Hahnzog forderte, in Art. 23 Grundgesetz, der die Kompetenzen des Bundesrats in der Europapolitik regelt, konkrete Mitwirkungsrechte des Bundesrats zu verankern. Die derzeitige Verpflichtung der Bundesregierung, die Bundesratsposition zu „berücksichtigen“, sei wertlos. Kretschmann riet hingegen dazu, Verbesserungen „unterhalb der Grundgesetzänderung“ zu suchen.

Roland Sturm empfand die Debatte um Art. 23 als ziellos: „Was wollen die Länder eigentlich in Europa?“ Wenn sie wirklich mitgestalten wollten, müßten sie im Ausschuß der Ständigen Vertreter präsent sein, weil dort die meisten Entscheidungen getroffen und vorbereitet würden. Wenn sich die Länder auf eine reine Diskussion



Kompetenzen auf Landesebene stärken: Winfried Kretschmann, Fraktionsvorsitzender der Grünen in Baden-Württemberg.

europäischer Politikvorschläge beschränken wollten, sei dagegen ein Informationsrecht des Bundesrats ausreichend. Die zentrale Frage sei, so Sturm: „Wer redet in Brüssel für Deutschland?“

Einig waren sich die Podiumsteilnehmer darin, daß eine Föderalismusreform nur von Erfolg gekrönt sein könne, wenn in der Reformdiskussion die Machtfragen in den Hintergrund treten. Kretschmann wörtlich: „Machtfragen gehören in die Tagespolitik.“ Wenn diese bei der Reform des Grundgesetzes im Vordergrund stünden, könne, so Roland Sturm, nur ein kleiner Kompromiß zwischen Institutionen entstehen, der keine Fortschritte bei den entscheidenden Fragen bringe.



Landesparlamentarier in den Bundesrat entsenden: Dr. Klaus Hahnzog.